Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 7

Artikel: Preisstop und Preisauftrieb
Autor: Nobs, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333835

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gegebene staatliche Neutralität kann für uns Sozialisten nie zur Teilnahmslosigkeit an den Ereignissen führen. Die gewaltige Welle der Sympathie, welche durch das Schweizervolk ging und andauert, wenn wir nach Finnland blicken, darf uns nicht von den Verantwortlichen für die Opfer des finnischen Volkes ablenken. Seit dem 23. August 1939 haben wir es mit Hitler und Stalin zu tun. Unser Hauptfeind bleibt der Nationalsozialismus, erscheine er mit dem Hakenkreuzbanner oder mit Hammer und Sichel. Ohne den Pakt vom 23. August keine Aufteilung Polens, keinen Ueberfall auf Finnland, keine gesteigerte Bedrohung der kleinen Staaten in Europa. Warum nicht aussprechen, was ist? Als Sozialisten müsesn wir zur Wahrheit stehen und erklären, daß die militärische Niederlage der Diktaturen allein in Europa die Tore für eine neue Wirtschafts- und Rechtsordnung, für eine Renaissance der Demokratie und des demokratischen Sozialismus öffnet. Gewiß, es geht in diesem Kriege auch um Weltanschauungen. Es geht um Freiheit und Gerechtigkeit ebenso, wie es um Öl, Erz und Kolonien geht. Und wer wollte bestreiten, daß es in diesem Kriege und nachher um den weiteren Bestand selbständiger, unabhängiger Kleinstaaten geht? Wenn der «sinnvolle» Friede von jenen, die davon sprechen, diktiert werden sollte, dann sind wir für lange Zeit unserer sozialistischen Zukunftssorgen enthoben...

Vom Sinn dieses Krieges sprechen, heißt deshalb, persönlich, als Mensch, als Bürger, als Sozialist Stellung dazu nehmen. Die gewaltige Umwälzung, die in diesem Kriege enthalten ist, verlangt in den Demokratien, verlangt besonders bei uns ganze Menschen. Sie verlangt Mut, Entschlossenheit und Zuversicht. Sie verlangt innere Bereitschaft, zu jeder Zeit für die eigenen Ideale zu kämpfen, denn auch das lehrt dieser Krieg, daß jeder seinen eigenen Teil zu übernehmen hat. Das gilt ganz besonders für uns. Allein davon hängt es ab, was wir morgen tun und übermorgen sein werden.

Preisstop und Preisauftrieb

Von Ernst Nobs

Anläßlich der Vornahme der Frankenabwertung im September 1936 hat der Bundesrat Maßnahmen zur Verhütung eines allgemeinen Preisaufschlages getroffen. Dieser Maßnahme kamen zwei Umstände sehr wirksam zustatten: Erstens fiel sie in eine Periode sinkender Weltpreise, und zweitens gaben für die Preisgestaltung im Kleinhandel maßgebende Großbetriebe die Parole der tiefen Preise aus.

Der Preisstop, wie ihn der Bundesrat ein zweites Mal, im September 1939, am Ausbruch des neuen Krieges verfügt hat, traf augenscheinlich in eine ungünstigere Zeit. Die Weltpreise zeigten im ganzen steigende Tendenz. Dies schon wegen der Kriegssituation und besonders wegen der Verteuerung aller Überseetransporte. Es machte zwar in den ersten Kriegsmonaten den Anschein, als wollten Großbritannien und Frank-

reich durch gemeinsamen staatlichen Einkauf großer Teile der Überseeernten die Spekulation ausschalten und damit grundsätzlich andere Wege beschreiten als im Weltkrieg, jedoch scheint diese Linie heute nicht eingehalten zu werden. Es ist aber jedem Schweizer klar, daß die Preisstopverfügungen einer schweizerischen Regierung sich auf Gestehungskosten des schweizerischen Käufers am Weltmarkt nur insoweit auswirken können, als es der schweizerischen Regierung gelingt, durch staatliche Maßnahmen im Gebiete des Transportes und der Transportversicherung unsere Auslandzufuhren der Kriegseinwirkung möglichst zu entziehen. Ob hier alles Notwendige vorgekehrt worden sei, gehört nicht in den Bereich dieser Darlegungen, obgleich diese Spezialfrage sehr wohl einer Untersuchung wert wäre.

Es muß weiter als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden, daß Preiserhöhungen am Weltmarkt sich unvermeidlich auf die Waren überwälzen, die wir vom Weltmarkt beziehen, also auf Rohstoffe und Lebensmittel, und daß daher kommende Preisaufschläge sich auf unsere Produktenpreise, auf Lebenskosten und Löhne überwälzen müssen, es sei denn, daß die Eidgenossenschaft die seit dem Dezember 1939 von England eingeschlagene Preispolitik befolge und die vom Weltmarkt herrührenden Preisaufschläge auf wichtigen Lebensmitteln auf den Staat übernehme, damit Konsumgüter des Massenbedarfs dem Preisauftrieb entzogen werden. England hat mit einem Kostenaufwand von einer Million Pfund *in der Woche* (etwa 17 bis 18 Millionen Schweizerfranken) das weitere Anziehen der Verkaufspreise von Fleisch, Fett, Brot und Milch unterbinden können, indem der Staat die Mehrkosten auf sich nahm. Nach der «Times» vom 9. Februar 1940 hat Sir John Simon dem Unterhaus vorgerechnet, daß die Durchführung dieser Preispolitik dem Staat ein Jahresopfer von 50 Millionen Pfund (weniger als eine Milliarde Schweizerfranken) auferlegen würde und daß die englische Volkswirtschaft dieses Opfer leichter trage, als wenn sich diese Kostenberechnungen in alle Preisfestsetzungen der Wirtschaft auswirken müßten. Es sei dieser Versuch der englischen Kriegswirtschaftspolitik hier lediglich als ein Beispiel registriert und eine kritische Beurteilung einem Zeitpunkt vorbehalten, wo weitere Erfahrungen vorliegen werden.

Seit den Tagen des Kriegsausbruches bis heute bin ich nicht müde geworden, mich für die konsequente Durchführung der vom Bundesrat selber proklamierten Bekämpfung der Teuerung einzusetzen. Ich halte dafür, daß auch heute diese Linie in der schweizerischen Wirtschaft mit größtem Nachdruck eingehalten werden müßte: *Wir wollen keine Verteuerung der Lebenskosten durch ungerechtfertigte Preisaufschläge; wir wollen keine Kriegsspekulanten reich werden lassen an den Gütern des Massenbedarfs; wir wollen auch unserer inländischen Produktion keine erhöhten Kriegskonjunkturpreise zugestehen, die nicht durch eine vorausgegangene Erhöhung der Produktionskosten erzwungen sind!*

Diese Richtlinie, die im September des letzten Jahres noch als die Marschroute der bundesrätlichen Preispolitik gelten durfte, scheint seither fragwürdig geworden zu sein. Wohl war der Grundsatz als richtig anerkannt, aber seine Ausführung ließ zu wünschen übrig. Es war ein

schlimmes Mißgeschick, daß eine Reihe amtlicher Preisfestsetzungen verspätet erschienen, als gewisse Händler aus Spekulationssucht und Warengier sich bereits eines Teils der Waren bemächtigt hatten. Das erlebten wir namentlich im Obst- und Kartoffelhandel des letzten Herbstes und neuerdings im Holzhandel, wobei ausdrücklich festzustellen ist, daß der Anreiz zur Preisüberbietung gewiß viel weniger von den Produzenten als von gewissen Aufkäufern ausgegangen ist. Bei großer Nachfrage nach einer nur in begrenzter Menge vorhandenen Ware wirkt sich ein erhöhtes Preisangebot in kurzer Zeit auf die Gesamtheit der an den Markt gelangenden Ware aus. Die Fehler der amtlichen Preisfestsetzung des letzten Herbstes und Winters, namentlich die ganz offenkundigen schweren Fehler im Gebiet der Festsetzung der Holzpreise, dürfen sich nicht wiederholen. Man hat hier das Fehlen einer festen Hand sehr zu bedauern gehabt und möchte schon aus diesem Grunde und um des Landes willen dem Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements unerschütterliche Gesundheit und Tatkraft wünschen.

In den letzten Wochen sind eine Reihe neuer Manifestationen zur staatlichen Preispolitik vernommen worden, die auf Preiserhöhungen abzielen. Ich nenne die Kundgebungen aus der Landwirtschaft, welche eine Erhöhung der Milch- und Schlachtviehpreise fordern. Sodann die Resolution des Erweiterten Zentralvorstandes der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei vom 17. Februar, welche eine Reihe von Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte fordert mit dem Hinweis darauf, daß der Landwirt zur Zeit seine Erzeugnisse *unter den Produktionskosten verkaufen* müsse.

In der Februar-Nummer der «Schweizerischen Bauernzeitung» hat Professor Laur sich mit der Mahnung zu einem weisen Maßhalten an die Landwirtschaft gewendet. Er gibt bekannt, daß «selbst in leitenden Kreisen der Landwirtschaft der Ernst der Stunde noch nicht überall voll erkannt worden ist. Allzu leicht werden sogar unzeitgemäße Forderungen einzelner Bauern von Vereinigungen übernommen. Es ist so bequem, sie mit Nachdruck an den schweizerischen Bauernverband weiterzuleiten und hernach, wenn sie nicht erfüllt werden, über Brugg zu schimpfen ... Auch im Bauernverband müssen wir uns an diesen Grundsatz halten und sorgfältig prüfen, was billigerweise von den Behörden und vom Volke verlangt werden darf ...»

Seither hat nun auch die Abteilung für Landwirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements «Richtlinien der Anbau- und Preispolitik für Ackerbauerzeugnisse für das Landwirtschaftsjahr 1940» veröffentlicht. Sie sehen Preiserhöhungen vor auf dem Gebiete der Erzeugung von Brotfrucht, Futtergetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Es wird schließlich über die Gesamtheit der Preismaßnahmen gesagt: «Mit all diesen Vorkehren hat der Bundesrat die Preispolitik für Ackerfrüchte in ein planvolles System gebracht, welches die wichtigen Preiszusammenhänge mit den milch- und viehwirtschaftlichen Positionen (in denen ebenfalls Preiserhöhungen eintreten sollen. D. Verf.) tunlichst berücksichtigt und deshalb geeignet ist, die landwirtschaftliche Produktion

nach Maßgabe der kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse anzuspornen und zu fördern. Der schweizerische Bauernstand wird dieses verständnisvolle, seinen besonderen Verhältnissen Rechnung tragende Entgegenkommen von seiten der Behörden durch die erwarteten Leistungen zu würdigen wissen. Ihm fällt die große Aufgabe zu, die Versorgung von Armee und Zivilbevölkerung unter Anspannung aller Kräfte sicherzustellen. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit aller Kreise, wobei neben der systematischen Aufklärungsarbeit die beförderliche Organisation des Arbeitseinsatzes in Kantonen und Gemeinden eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg bedeutet. Der Ernst der Zeit und die Macht der Verhältnisse auferlegen jedem die vaterländische Pflicht, an seinem Orte alles zu tun, um neben der militärischen Bereitschaft die wirtschaftliche Landesverteidigung zu gewährleisten.»

Es ergibt sich aus dieser amtlichen Vernehmlassung, daß die Bundesbehörden *noch vor der Rückkehr des Herrn Bundesrat Obrecht in sein Amt bereits auf der ganzen Breite der landwirtschaftlichen Produktion Preiskonzessionen in einem für uns noch nicht völlig abgeklärten Umfang gemacht haben.* Es steht außer Frage, daß sowohl die Landwirtschaftsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements als die Leitung des Schweizerischen Bauernverbandes zur Zeit in Abwehrstellung stehen gegen die aus bäuerlichen Kreisen kommenden und da und dort recht ungestüm geltend gemachten Forderungen nach wirksamen Preisaufschlägen im Gebiet der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß in den Weltkriegsjahren die Teuerung erst am Ende des zweiten Kriegsjahres anhob, dann aber rapid emporschnellte. Im Gegensatz zu 1914/15 sind nun aber bereits im ersten Kriegsherbst und Kriegswinter unserer Landwirtschaft Preiserhöhungen zugestanden worden. Zahlreiche Landwirte in prekären Verhältnissen erhoffen und erwarten und fordern vom heutigen Krieg eine ähnliche Preisgestaltung, wie sie in den letzten beiden Weltkriegsjahren eingetreten ist und noch zwei bis drei Jahre darüber hinaus angedauert hat. Sie hoffen, ihre Entschuldung nun auf Kosten übersetzter Lebensmittelpreise durchführen zu können, nachdem die mit Mitteln staatlicher Sozialpolitik durchgeführte Bauernentschuldung bis heute erfolgreich sabotiert worden und — abgesehen vom Werk der Bauernhilfskassen — toter Buchstabe geblieben ist.

Dem Ruf nach erhöhten Lebensmittelpreisen, wie er da und dort sehr urchig in Versammlungen erhoben wird, stellte der Leiter der Landwirtschaftsabteilung unlängst den sehr triftigen Hinweis entgegen, daß die landwirtschaftlichen Produkte keinesfalls als isoliertes Gebiet der Wirtschaft betrachtet werden dürfen. Noch ist unser Rindviehbestand um wenigstens zweihunderttausend Kühe übersetzt. Der Käseexport will trotz des Krieges nicht in Fluß kommen. Die Lager bleiben überfüllt. Das mag der Landesversorgung zwar zustatten kommen, aber ein Anreiz zum Anziehen der Preise von der Seite der Nachfrage her liegt nicht vor. Es kommt hinzu, daß dieser überhöhte schweizerische Viehstand nicht auf der Produktion unseres Bodens, sondern von den Erzeugnissen ausländischer Äcker, insbesondere von kolonialen Futter-

mitteln, leben muß. Diese Importe verteuern sich, aber der Weltmarkt weigert sich nach wie vor, uns die aus diesen Importen erzeugten Produkte zu unseren Gestehungskosten abzunehmen. In den Weltkriegsjahren waren unsere Exportmöglichkeiten sehr viel günstiger, als sie es heute sind. Es bedurfte auch im letzten halben Jahr sehr großer Anstrengungen, um eine Preiskatastrophe zu verhindern. Hätte man dem sogenannten freien Markt den Gang der Preisfestsetzung überlassen, wäre im Gebiet unserer Viehwirtschaft ein Preiszusammenbruch ohnegleichen eingetreten. Derartige Feststellungen mahnen zur Vorsicht. Wir wissen es, und wir erkennen es aus dieser Situation neuerdings und mit besonderer Deutlichkeit, daß es der staatlichen Intervention bedarf, soll die Wirtschaft nicht zum Chaos werden, soll nicht auch die Landwirtschaft dabei ruiniert werden und aus der wirtschaftlichen die politische Zertrümmerung hervorgehen. Die Landwirtschaft bedarf und verdient auch in dieser Stunde die Solidarität aller andern Volksklassen. Allein es hieße die heutige Lage gründlich verkennen, wollte man aus ihr heraus Preiserhöhungen politisch kommandieren, wie sie manche Landwirte wünschen und unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität ihres eigenen Betriebes vielleicht sogar haben müßten. Allein es gilt auch hier, daß der Preis unmöglich nach den Gestehungskosten des schlechtesten Betriebsleiters und des ungünstigsten Betriebes berechnet werden darf.

Es scheint mir von ebenso großer volkswirtschaftlicher wie politischer Bedeutung zu sein, daß die landwirtschaftlichen Preise so gut wie die Löhne der Lohnverdiener in Industrie, Gewerbe und Verwaltung auf dem Boden strenger Sachlichkeit diskutiert und entschieden werden. Ich pflichte darin Professor Laur vollkommen bei, daß für die Entscheidung dieser Fragen keineswegs maßgebend sein kann, wer *zuerst* fordert und wer *mehr* zu fordern wagt. Seit Jahren haben sowohl die Schweizerische Sozialdemokratische Partei als der Schweizerische Gewerkschaftsbund um eine streng sachliche Stellungnahme zu landwirtschaftlichen Produktenpreisen sich bemüht, und es sind eine Reihe Kundgebungen zu Fragen der schweizerischen Preis- und Lohnpolitik erschienen, zu denen sich sowohl sozialdemokratische Arbeiterorganisationen als bäuerliche Organisationen (Jungbauern) vereinigt hatten. Wiederholt hat auch die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung sich für einen etwas höheren Getreidepreis als den vom Bundesrat vorgeschlagenen Ansatz ausgesprochen, und erst im letzten Sommer noch hat auf Einladung der Redaktion der «Roten Revue» Dr. Max Weber sich an dieser Stelle über die Preisprobleme der Landwirtschaft in einer Weise geäußert (siehe Septembernummer der «Roten Revue»), welche die Berechtigung einer bescheidenen Preiserhöhung zugab. Die schweizerische Arbeiterschaft und ihre wirtschaftlichen und politischen Körperschaften werden sich, wie ich hoffen und wünschen möchte, der Bauernhetze, wie sie unlängst in einem großen Blatt eröffnet worden ist, nicht anschließen. Möchten doch diese Auseinandersetzungen, die nicht vom Zaune gerissen, sondern unserem Volke durch die Verhältnisse aufgezwungen sind, hüben und drüben, in allen Wirt-

schaftsgruppen von der einzigen Leidenschaft zur Sachlichkeit beseelt sein. Möge dabei auch nie außer acht gelassen werden, daß wir nicht frei sind, auf dem Wege beliebiger Kompromisse vorzugehen. Max Weber sagt in der oben zitierten Arbeit mit Recht: «Selbstverständlich können weder Preise noch Löhne *beliebig* angesetzt werden, sondern es kommt auf die wirtschaftlichen Auswirkungen an. Das ethische Postulat nach dem Wünschbaren und Gerechten muß daher konfrontiert werden mit dem wirtschaftlich Tragbaren.»

Zwar liegt heute eine große Machtfülle in den Vollmachten des Bundesrates. Er ist in der Tat befugt, das Preisgebäude zu beherrschen und die Änderungen zu treffen, die ihm als gerechtfertigt erscheinen. Dennoch wünschen wir weder einen parteipolitisch kalkulierten Milchpreis noch eine ebenso ausgetiftelte Lohnhöhe. Die neuesten Richtlinien der landwirtschaftlichen Produktenpreise scheinen auch vom Bundesrat beschlossen worden zu sein, ohne daß man mit den andern Wirtschaftskreisen des Landes Fühlung genommen hat. Wir halten das für einen Fehler, und wir würden die Weiterführung einseitiger Maßnahmen für das Verhängnisvollste halten, was der Bundesrat in dieser Zeit tun kann! Bei der heutigen einseitigen Zusammensetzung des Bundesrates drängt sich der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Bildung einer wirtschaftlichen Körperschaft auf, die, im Brennpunkt aller kriegswirtschaftlichen Maßnahmen stehend und alle hauptsächlichen Wirtschaftsgruppen des Landes umfassend, dem Bundesrat als beratende Instanz für kriegswirtschaftliche Fragen zur Seite steht. Sollen am Problem der Preise und Löhne nicht höchste Güter unseres Volkes gefährdet werden, muß auch die volkswirtschaftliche Statistik zu einer Sache einwandfreier wissenschaftlicher Arbeit werden. Wir haben zu viel Interessenten-Statistik und zu wenig objektive Tatsachenfeststellung. Neuerdings begegnen wir wieder in landwirtschaftlichen Zeitungen bäuerlichen Stundenlohn-Angaben, die richtig sind, wenn man sich ihre Berechnungsweise ganz genau vor Augen hält, aber die nach einwandfreier Klarstellung ihres Werdeganges mit Arbeiterlöhnen nicht verglichen werden dürfen, weil der Arbeiter mit seinem Lohn ganz andere Lebenskosten (Mieten und Lebensmittelpreise) zu bestreiten hat, als wie sie jener Berechnung bäuerlicher Stundenlöhne zugrunde liegen. An den Fragen der statistischen Methodik sollte die sachliche Auseinandersetzung nicht zu Schaden kommen. Nur unbestrittene, unanfechtbare Grundlagen können zum Ausgangspunkt fruchtbarer Erörterung und Verständigung werden.

Noch läßt sich die Auswirkung der neuesten Richtlinien bundesrätlicher Preispolitik auf die Höhe der Lebenskosten nicht überblicken. *Falls die Preisentwicklung aber in gleichem Tempo weitergehen sollte, fürchte ich sehr, daß wir binnen kurzem eine recht bedeutende Teuerung erhalten!* Nun sollte aber auch für die landwirtschaftliche Preisfestsetzung nichts anderes gelten, als was für die Preisfestsetzung in der übrigen Wirtschaft als gerecht und billig gehalten wird. Dem Landwirt gehört zu einem angemessenen Lohn ein Ertrag, der ihm die Kapital- oder Schuldenverzinsung und eine genügende Amortisation ermöglicht.

Da und dort aber gehen heute schon die Preiswünsche ins Ungemessene. Auf dem Gebiete der Holzpreise zum Beispiel ist allen Ernstes gefordert worden, es müßte — falls ein lukrativer Holzexport in die Wege geleitet werden könnte — der durch die Kriegslage geschaffene Konjunkturpreis für Exportholz automatisch auch zum Holzpreis der schweizerischen Wirtschaft gemacht werden, da zwei verschiedene Holzpreise nicht nebeneinander gehandhabt werden könnten. Die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die Kosten der Lebenshaltung und auf die Verhältnisse des Baugewerbes und der Papierindustrie kann man sich in ihrer ganzen Bedeutung kaum vorstellen, ganz abgesehen davon, daß es sich fragt, ob die Schweiz überhaupt in der Lage ist, mit gutem Gewissen Holz zu exportieren. Normalerweise sind wir ein Holzbedarfs- und nicht ein Holzexportland.

Bereits hat der schweizerische Lebenskostenindex seit Kriegsbeginn um etwa 5 Prozent angezogen. Treten weitere Erhöhungen ein, so werden ohne Zweifel — wie in anderen Ländern — auch bei uns Lohnerhöhungen gefordert werden. Sie werden gerechterweise zugestanden werden müssen. Angesichts dieser unabwendbaren Konsequenzen handelt es sich hier um ein Problem, das nicht nur den landwirtschaftlichen Sektor, sondern unsere gesamte Wirtschaft berührt und schon vom ersten Entscheid an die Perspektive aller unvermeidlichen Folgen im Auge behalten muß.

Gegen Stalin - und Lenin

Von Robert Bratschi.

Alle an verantwortlichen Stellen der Arbeiterbewegung unseres Landes stehenden Parteifreunde sind mit Tagesarbeit überhäuft. Seit Ausbruch des Krieges ist es schlimmer als je. Der Kampf um die Stellung des Arbeiters in der Kriegszeit, die Nöte der Wehrmänner und ihrer Familien, die Verteilung der Kriegslasten, der politische Einfluß der Arbeiterbewegung, gewerkschaftliche Probleme von größter Tragweite, die Abwehr der Angriffe unverantwortlicher, reaktionärer Zirkel, die trotz ernster Zeit kein anderes Ziel als die Spaltung des werktätigen Volkes kennen, — diese und viele andere Aufgaben nehmen uns vollständig in Anspruch.

Wenn trotz dieser Lage sich das Streben nach Klarheit in unserer Bewegung geltend macht und daherige Erörterungen möglich sind, so ist das doppelt verdienstvoll und begrüßenswert.

Ernst Reinhard publiziert in der Februarnummer der «Roten Revue» einen Artikel «Der Krieg gegen Finnland». Walter Bringolf hat sich in einer Schrift über die «Perspektiven der sozialistischen Bewegung der Schweiz» ausgesprochen. Beide Arbeiten sind erfreuliche Beiträge zur Klärung. Beiden ist die Einstellung zu Rußland gemeinsam. Vielleicht ist das auch mehr oder weniger noch die allgemeine Einstellung in unserer Bewegung. Reinhard und Bringolf verurteilen Stalin und bezeichnen ihn als großen Schädling an der Sache des Sozialismus. Beide